

An Kultur darf nicht gespart werden

Wolfgang Börnsen, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert Thesen aus dem Buch „Der Kulturinfarkt“

BERLIN Kultur ist sinnstiftend, fördert unsere Lebensfreude, macht starke Menschen. Sie gehört zu den Reichtümern unseres Landes. Bisher waren sich die Kulturleute in dieser Auffassung einig. Das galt auch für die Forderung, die Kultur gehöre ins Grundgesetz. Damit könnte jetzt Schluss sein.

Aufgescheucht ist die Kulturgemeinde unseres Landes derzeit durch ein 4-Autorenbuch, das provokativ feststellt, warum die Subventionskultur ein Ende finden muss. Fünfzig Prozent aller Kulturinstitutionen seien überflüssig. Die vier Meister der Motorsäge wollen, um im Bild zu bleiben, jeden zweiten Baum unseres Kulturwaldes nieder sägen. Kulturkahlschlag zum Beispiel in Schleswig-Holstein wäre die Folge. Der Markt, Angebot und Nachfrage sollen über ein Kulturangebot entscheiden, nicht die Höhe der öffentlichen Mittel. Wer so denkt, räumt besonders im ländlichen Raum mit Kulturangeboten auf, denn reiche Städte können sich selber helfen.

Falsch ist die Annahme der Autoren, dass Kultur nicht nachgefragt ist. Im Gegenteil, das Interesse unserer Bürger steigt Jahr für Jahr. Fast 110 Millionen Menschen besuchen die Museen unseres Landes, über eine Million Kinder die Musikschulen. Auch bei Bibliotheken, Theatern und in der kulturellen Jugendbildung gibt es deutliche Zuwächse.

Falsch ist auch, dass mit der Kultur gespart werden kann. Im Gegenteil: Der Anteil der Kulturausgaben beträgt zwischen 1,3 und 1,9 Prozent eines Haushaltes. Bei 100 Euro Ausgaben ist die Kultur nur mit 1,60 Euro durchschnittlich dabei. Wer den Wert der Kultur für unsere Bürger für wichtig hält, muss mehr und nicht weniger dafür leisten.

Falsch ist die Forderung, den Markt allein bestimmen zu lassen. So manche Kultur- und Kunstbereiche benötigen Freiräume ohne ökonomische Zwänge. Im Bereich der Wissenschaft kommen wir auch nicht ohne die Grundlagenforschung aus. Erkenntnisgewinn ohne marktwirtschaftliche Rechtfertigung gilt

auch für die Entstehung von Kunst.

Falsch ist das Infrage stellen des Zieles „Kultur für alle“. Jeder muss Zugang haben, gleich ob arm ob reich, ob jung oder alt. Kulturelle Bildung ist auch ein Mittel der Integration. Teilhabe an unserer Gesellschaft ist das Gebot der Stunde, nicht Ausgrenzung. Bereits vor rund 60 Jahren vertrat ein schleswig-holsteinischer Ministerpräsident diese Auffassung. Es war Friedrich Wilhelm Lübke, und er sah sich vor fast allen Fraktionen des Kieler Landtages darin unterstützt. Kulturförderung erhielt Vorrang in einer Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Armut und Notstand herrschte, und es mehr Flüchtlinge als Einheimische in unserem Land

Die Autoren des Buches „Der Kulturinfarkt“ nehmen Stellung zum offenen Brief von Wolfgang Börnsen:

1. Wir Autoren schlagen keine Halbierung der zehn Milliarden Steuergelder für Kultur vor. Wohl schlagen wir als Überlegung vor, die Anzahl geförderter Einrichtungen zu reduzieren, um Mittel für andere kulturelle Bereiche zu beschaffen. „Die Hälfte“ ist ein Denkmodell, das eine geordnete Diskussion einleiten soll. Wir möchten das tun, bevor die Finanzminister und Stadtkämmerer das Nachdenken durch weitere „Streichkonzerte“ nach dem Rasenmäherprinzip obsolet machen.

2. Selbst der größte Kulturkomplex Deutschlands, der preußische Kulturbesitz, hat keine langfristig ausreichende Finanzierung. Das Problem ist bekannt. Überlegungen, die auch die nächste Generation

gab. Die Verantwortlichen von damals erkannten den gemeinschaftsbildenden Charakter der Kultur; Menschen zusammenzuführen und ihnen zugleich Bildung, neue Erkenntnisse und kreative Freiräume zu geben. Kultur wurde der Mutmacher in einer Zeit der Trost- und Ausweglosigkeit. Auch wenn die wirtschaftlichen Bedingungen in unserem Land heute völlig andere geworden sind, gibt es doch auch existenzielle Herausforderungen für die Bürger unseres Landes. Die Globalisierung, die Wirkung des Internets und der Demographie und vieles mehr führen bei vielen Menschen zu Irritation, Mutlosigkeit und Verhaltensunsicherheit. Kulturangebo-

te, vielfältige und qualifizierte, können sehr wohl eine stärkere, ausgleichende und anregende Wirkung haben, Orientierung und Sicherheit bieten. Deshalb, raus mit der Motorsäge aus der Kulturschonung.

Wolfgang Börnsen



„Wer den Wert der Kultur für unsere Bürger für wichtig hält, muss mehr und nicht weniger dafür leisten.“

Wolfgang Börnsen
MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher

Neuverteilung statt Kürzungen

einbeziehen, macht sich die Kulturpolitik aber nicht. Dasselbe Problem gilt für nahezu alle großen, national wie international bekannten Kultureinrichtungen in den Bundesländern: Nicht einmal die laufenden Kosten sind gedeckt. Ähnliches gilt für viele kleinere und mittlere Institutionen in den Kommunen. Hinzu kommt die gewaltige Last aus unterlassenen und verschobenen Investitionen. Auch sie werden nach dem Prinzip des „Mal im nächsten Haushaltsjahr sehen“ behandelt. Wir schieben die größer werdende Finanzverantwortung eines immer starrereren Kulturapparats an die kommenden Generationen weiter.

3. Wenn man für alle bestehenden Institutionen im Kulturbereich eine auskömmliche öffentliche Finanzierung sichern möchte, müssen die Kulturretats um drei bis vier Milliarden erhöht werden. Kultur-

politik braucht dann gute Argumente im politischen Wettbewerb um Haushaltsmittel, denn bei der derzeitigen Lage der Haushalte gibt es zusätzliches Geld nur auf Kosten anderer Ressorts. Kultur wird dann gegen Bildung, Kinderbetreuung und öffentlichen Verkehr antreten müssen. Im Interesse des Überlebens der Schlüsseleinrichtungen sollte der kulturelle Garten gut und vielfältig gepflegt werden.

4. Die Finanzierung der Theater, Museen, Konzerthäuser, Symphonieorchester verschlingt den Löwenanteil der Gelder, Tendenz steigend. In vielen Kommunen nähert sich der Anteil der 100 Prozent-Grenze. Für unabhängige oder neue Formen künstlerischer und kultureller Arbeit bleibt fast nichts übrig. Und ebenso wenig, um die von den Politikern beschworene Kulturindustrie anzustoßen.

5. Natürlich nehmen

mehr Menschen kulturelle Angebote wahr als in den 70er Jahren – die Bevölkerung ist gewachsen und es gibt ein immens gestiegenes Angebot. Doch wissen wir z.B. aus dem Musikschulbereich, dass niedrigschwellige Angebote die Beteiligung bildungsferner Schichten nicht erhöht hat. „Kultur für alle“ will nicht recht klappen. Zu diskutieren wäre, dieses System – auch mit den Stichworten sozialpolitische Verantwortung und Ganztagschule – in den allgemeinen Bildungsbereich (also dort, wo alle Kinder und Jugendlichen Tag für Tag sind) zu integrieren. Das ist nur ein Beispiel für einen Strukturwandel, der mit guten kulturellen, sozialen und Bildungszielen angestoßen werden kann.

Dieter Haselbach
Armin Klein,
Pius Knüsel,
Stephan Opitz